



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Nach fünf Jahren Austeritätspolitik setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass der harte Sparkurs nicht die Erfolge gebracht hat, die sich unter anderem Deutschland versprochen hatte. Ausgabenkürzungen werden inzwischen nicht mehr unkritisch als Wachstumsbeschleuniger angesehen, sondern es ist wird anerkannt, dass Konsolidierung und Wachstum in einem Zielkonflikt stehen. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat anhand von Fiskalmultiplikatoren die Auswirkungen der Austerität auf das Wachstum im Euroraum untersucht und kommt zum Schluss, dass die Maßnahmen in Summe einen Einbruch des BIP um -7,7 % bewirkt haben. Die Analysen belegen, dass die regelmäßige Verfehlung der vereinbarten Konsolidierungsziele nicht etwa die Folge einer zu laxen Sparpolitik war,



Jean-Claude Juncker

sondern auf eine systematische Unterschätzung der negativen Rückwirkungen der Sparmaßnahmen auf das BIP zurückzuführen ist. Die Troika hat aber nicht nur mit bemerkenswerter Konsequenz an ihrem falschen Kurs festgehalten, sondern diesen im Lichte der sich häufenden Zielverfehlungen zunächst sogar noch verschärft. Mittlerweile hat in den europäischen Institutionen ein teilweises Umdenken eingesetzt. In den vergangenen beiden Jahren wurde das Tempo der Konsolidierung in den meisten

Paradigmenwechsel

*Mit dem **Juncker-Plan** wird ein **europäisches Investitionsprogramm** zur Wiederbelebung der Konjunktur Realität. Nach Jahren der Haushaltskonsolidierung leitet die EU einen neuen Kurs ein.*

Ländern etwas zurückgefahren. Mit dem „European Fund for Strategic Investment“ (EFSI, Juncker-Plan) wurde nun ein Instrument geschaffen, welches der mangelnden Investitionsbereitschaft im Euroraum entgegenzutreten soll. Des Weiteren hat im Januar die Europäische Kommission neue Regeln für den Stabilitäts- und Wachstumspaktes entwickelt. Einer der fünf Eckpunkte ist, dass Beiträge der Länder zum EFSI nicht als defizitwirksam im Sinne des Stabilitätspakts gelten. Im Wesentlichen sind mit der Strukturreformklausel und der Investitionsklausel zusätzliche Hebel geschaffen worden, mit denen ein Teil der Mittel, die das langfristige Wachstumspotenzial

steigern, wie z.B. Investitionen in Energieeffizienz und Bildungsausgaben, vor Kürzungen geschützt werden können.

Dennoch: Trotz langsamer Aufweichung des Konsolidierungskurses gab es noch kein klares öffentliches Eingeständnis, dass die bisherige Austeritätspolitik gescheitert sei. Gerade deshalb hält sich die Meinung, dass es den Krisenländern an Reformwillen mangle und mit der Weigerung verbunden sei, notwendige Opfer zu bringen. Es liegt nun an den politischen Entscheidungsträger den Bürgern klar zu machen, dass die Überwindung der Stagnation eine Grundvoraussetzung für eine Sanierung der öffentlichen Haushalte ist.